



SPD Rednitzhembach · Pruppacher Weg 5
91126 Rednitzhembach

Gemeinde Rednitzhembach
Herrn Bürgermeister
Jürgen Spahl
Rathausplatz 1

91126 Rednitzhembach

Robert Gödel
Fraktionssprecher
Taunusstr. 9
91126 Rednitzhembach
Mail robert.goedel@spd-rednitzhembach.de

Rednitzhembach, den 04.07.2016

Antrag der SPD-Fraktion auf Schaffung sozialen Wohnraumes in Rednitzhembach

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Spahl,

die Gemeinderatsfraktion der SPD stellt folgenden zweiteiligen Antrag und bittet um dessen Aufnahme auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung:

Thematisierung:

Steigende Miet - und Kaufpreise haben dazu geführt, dass immer mehr Menschen in unteren und zunehmend in mittleren Einkommensgruppen - darunter verstärkt Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Behinderte, sozial Benachteiligte, aber auch Rentnerinnen und Rentner - Probleme haben, bezahlbaren, familien- und generationengerechten Wohnraum zu finden.

Durch die demografische Entwicklung und die sich verändernde Arbeitsmarktsituation - befristete Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit, verkürzte Arbeitslosengelddauer, Hartz IV Empfänger, um nur einige wenige aufzuzählen - ist zudem eine rückläufige Einkommensentwicklung zu beobachten.

Auch diese muss ihren Niederschlag im sozialen Wohnungsbau finden. Ebenso ist auch der fortschreitenden Altersarmut Rechnung zu tragen.

Kommunale Wohnungspolitik muss allen zuvor genannten Aspekten gerecht werden.

Ein bedarfsgerechtes und bezahlbares Wohnungsangebot hat große Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen und somit auch für Rednitzhembach.

Zugleich hat ausreichende Versorgung mit Wohnraum, insbesondere im preiswerten Segment, auch sozialpolitische Bedeutung.

Beschlussvorschlag:

1. Der Gemeinderat möge unter Berücksichtigung der nachfolgend angeführten Anforderungen den Einstieg in ein kommunales Wohnungsbauförderprogramm prüfen.
Die Verwaltung wird aufgefordert, den Bedarf an Sozialwohnungen und den hierfür erforderlichen Investitionsbedarf zu ermitteln.
Die Gemeinde Rednitzhembach versucht - möglichst zentral - geeignete Flächen für die Schaffung sozialen Wohnraumes zu ermitteln und zur Verfügung zu stellen.
Die Verwaltung prüft die Möglichkeiten der Förderung über den „Wohnungspakt Bayern“ und sucht nach Partnern (z.B. WBG Schwabach) für eine Umsetzung und ermittelt hierfür die finanzielle Belastung der Gemeinde.

2. Der Gemeinderat möge beschließen, dass bei der Planung von Wohnbaugebieten künftig anteilig Wohnflächen als sozial geförderter Wohnraum auszuweisen sind.

Der Anteil soll in Anhängigkeit von der beplanten Gesamtfläche wenigstens 5 % betragen. Eine endgültige Festlegung ist jeweils im Einzelfall bei der Erstellung des Bebauungsplanes durch den Gemeinderat zu treffen.

Beispielhafte Anforderungen an die Umsetzung:

- Die Wohnungen sollen die Ziele der Barrierefreiheit und des altengerechten Wohnens erfüllen und insbesondere den energetischen Erfordernissen gerecht werden
- Die Wohnungen sollten auch die Interessen von alleinerziehenden Müttern und Vätern berücksichtigen
- Ein Teil der Wohnungen soll der Gemeindeverwaltung auch bei der Unterbringung Obdachloser und in Not geratener MitbürgerInnen zur Verfügung stehen

Begründung:

Die Wohnungssituation, insbesondere die der einkommensschwachen Menschen, hat sich in den zurückliegenden Jahren in unserem Land drastisch verschlechtert.

Auch in Rednitzhembach übersteigt nach unserer Einschätzung die Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum das Angebot um ein Vielfaches. Und diese Situation spitzt sich zu, sobald anerkannte Asylbewerber und Flüchtlinge die staatlichen Unterkünfte verlassen müssen und zur Wohnraumsuche berechtigt sind.

Dieser Entwicklung gilt es auch in Rednitzhembach Rechnung zu tragen und gegen zu steuern. Mit Unterstützung des „Wohnungspakt Bayern“, den die Bayerische Staatsregierung im Oktober 2015 beschlossen hat, lassen sich bestehende Bedarfe beheben. Dies führt zum einen nachhaltig zur finanziellen Entlastung der Gemeinde Rednitzhembach und trägt auch zur Entschärfung der bestehenden Wohnungsnot für einkommensschwache Menschen bei.

Öffentliche Wohnungsbauförderung ist aber auch Wirtschaftsförderung.

Eine vorausschauende Wohnungsbaupolitik trägt zudem wesentlich dazu bei, eine ausgewogene Bewohnermischung im Ort zu erreichen und damit die Spaltung der Gemeinde in Arm und Reich zu verhindern.

Durch die Vergabe der finanziellen Mittel entsteht ein zusätzliches kommunales Steuerungsinstrument, preiswerte Wohnungen zu sichern, und damit auch in Haushalten mit geringerem Einkommen die Möglichkeit, sich an der Kaufkraft zu beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Robert Gödel
Fraktionssprecher SPD